

Telegramme

Landesbauordnung:
Novellierungsentwurf liegt vor

Die Landesregierung hat den Entwurf zur Novellierung der Landesbauordnung vorgelegt. Damit sollen Hindernisse beseitigt oder reduziert werden, die der Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum im Wege stehen. Aus Sicht des baden-württembergischen Handwerks ist positiv, dass die Pflicht zur Schaffung von Fahrrad-Abstellplätzen im Gesetzesentwurf nicht mehr berücksichtigt wird. Die zweite zentrale Forderung des Handwerks nach Abschaffung der Fassaden- und Dachbegrenzungspflicht findet sich nicht wieder. Eine Flexibilisierung und Kostenreduktion verspricht sich die Landesregierung durch die Reduzierung der Anforderungen an die Errichtung von Kinderspielplätzen. Die Schwelle der Errichtungsverpflichtung soll von zwei auf drei Wohnungen angehoben und auf die Verpflichtung, die Flächen vorzuhalten, reduziert werden, so dass erst bei Bedarf ein Kinderspielplatz eingerichtet werden muss. Ferner sieht der Gesetzesentwurf die Abschaffung der Bereitstellungsspflicht von Wäschetrocknerplätzen vor. Außerdem soll das Verbot zur Errichtung von Werbetafeln ausgeweitet werden und Brandschutzanforderungen werden präzisiert, um stärkere Anreize für den Holzbau zu schaffen. Der Baden-Württembergische Handwerkstag wird sich mit einer Stellungnahme in das Verbandsanhörungsverfahren einbringen.

Erfolgreich ausgebildet: Projekt für zwei weitere Jahre verlängert

Das vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg unterstützte Projekt „Erfolgreich ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ wurde um zwei Jahre verlängert. Es ist am 1. September in seine dritte Phase gestartet und läuft nun bis Sommer 2020. Ziel ist es, gefährdete Auszubildende zu stabilisieren und die Zahl der vorzeitigen Vertragslösungen zu verringern. Zudem sollen kleine und mittlere Betriebe so unterstützt werden, dass eine qualitativ hochwertige Ausbildung gelingt. Dazu werden Ausbildungsbegeleiter gefördert, die sowohl Auszubildende als auch Ausbilder bei Problemen unterstützen. Ist eine Vertragslösung nicht zu vermeiden, werden gemeinsam geeignete Anschlussperspektiven entwickelt und umgesetzt. Bis zum 31. August 2018 wurden mehr als 1.600 Auszubildende begleitet und 457 Veranstaltungen für Betriebe und Auszubildende durchgeführt. Insgesamt konnte bei rund 77 Prozent der abgeschlossenen Begleitungen eine vorzeitige Lösung des Ausbildungsvertrages oder gar ein Abbruch der Ausbildung verhindert werden.

BAFA: Förderkompass aktualisiert

Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat seinen Förderkompass aktualisiert. Die kostenlos erhältliche Broschüre informiert über die Förderprogramme aus den Bereichen Energie sowie Wirtschafts- und Mittelstandsförderung.

www.bwht.de/foerderkompass

Förderprogramm: Betriebliches und behördliches Mobilitätsmanagement

Das Landesverkehrsministerium hat ein Förderprogramm für ein systematisches und ganzheitliches Mobilitätsmanagement gestartet. Unternehmen in stickoxidbelasteten Städten und Gemeinden erhalten Unterstützung in Sachen Telearbeit, Video- und Telekonferenzen, Job-Tickets, Mitfahrangebote, Radverkehrsförderung, Fuhrpark- und Parkraummanagement oder Geschäfts- und Dienstreisemanagement.

www.bwht.de/mobilitaetsmanagement

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Marion Buchheit
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
E-Mail: mbuchheit@handwerk-bw.de

Weg mit lästigem Papierkram

BWHT-Beirat verabschiedet Positionspapier zum Bürokratieabbau

Jeder Chef eines Handwerksbetriebs kennt das: Berge von Papier, komplizierte Formulare und sich ständig verändernde Regelungen. Manch einer sieht vor lauter Büroarbeit Baustellen nur noch aus der Ferne. Der Abbau von Bürokratie ist daher ein zentrales Thema des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT). Der BWHT-Beirat, der sich aus Spitzenvertretern aller Handwerksorganisationen im Land zusammensetzt, hat deshalb Ende Oktober ein umfangreiches Positionspapier zum Bürokratieabbau verabschiedet. Darin wird die Politik aufgeföhrt, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Handwerksbetriebe von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Im Fokus steht die Landesebene, es werden aber auch Beispiele mit Bundes- oder Europazuständigkeit aufgeführt.

Entlastung notwendig

„Unseren Handwerksbetrieben stehen zahlreiche bürokratische Hürden gegenüber. In einem Betrieb arbeiten im Durchschnitt sechs Personen, wobei auch die Inhaber zu großen Teilen operativ tätig sind. Sie haben deshalb kaum Zeit, sich ständig in neue und komplexe Regelungen und Vorschriften einzuarbeiten. Ein Meister gehört aber in die Werkstatt oder auf die Baustelle, nicht an den Schreibtisch“, begründet Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold das Positionspapier mit 25 Forderungen. Für viel Bürokratie sorgt

schon die schiere Menge an Vorgaben und Gesetzen. Auf Bundesebene gilt seit 2015 eine Regelung, nach der für zusätzlichen Erfüllungsaufwand der Wirtschaft an anderer Stelle Aufwand abgebaut werden muss – die sogenannte „One in, one out“-Regel. Allerdings gibt es viele Ausnahmen, zu denen auch die Umsetzung von EU-Vorgaben gehört. So ist bislang von Erleichterungen durch diese Regelung wenig zu spüren.

Vorschriften streichen

Die Landesregierung hat zwar im Koalitionsvertrag 2016 festgelegt, ebenfalls eine „One in, one out“-Regel für Verwaltungsvorschriften einzuföhren; bisher ist hier allerdings nichts passiert. Reichhold: „Wir erwarten, dass die Landesregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag auch umsetzt. Sie muss zeitnah eine erweiterte „One in, one out“-Regel einföhren, die sich nicht nur auf Verwaltungsvorschriften, sondern auf alle Regelungen bezieht.“

Unverständliche Formulare

Ein weiterer zentraler Punkt im Positionspapier: die komplizierte Formulierung von Bescheiden und Formularen. Der Handwerker beschäftigt gewöhnlich keinen Juristen im Betrieb und hat daher oft Schwierigkeiten, diese Texte zu verstehen und korrekt Auskunft zu geben. „Wir fordern eine allgemeinverständliche und einfache Formulierung von Be-

scheiden und Formularen. Lässt sich im Einzelfall ein komplexer Rechtstext nicht vermeiden, muss zumindest ein allgemeinverständliches Merkblatt beigelegt werden. Die Landesregierung muss mit gutem Beispiel vorangehen und auch Hilfestellungen für Landkreise und Kommunen bieten. Zugleich darf falsches Ausfüllen auf Grund unverständlicher Formulare nicht zu Lasten des Betriebs gehen“, fordert Reichhold. Der BWHT erwarte nun, dass auf die Forderungen eingegangen werde. **mb**

Zentrale Forderungen

- „One in, one out“-Regel auf Landesebene erweitern
- Formulare und Bescheide verständlich formulieren
- Nachweispflichten beim EWärmeG bürgerfreundlicher regeln
- Rundfunkbeitrag für Fahrzeuge entschärfen
- Landesbauordnung entschlacken
- Wertgrenzen für Ausschreibungen öffentlicher Aufträge anheben
- Angebotserstellung angemessen vergüten
- Schwellenwerte für Kleinbetriebe einheitlich regeln
- Echte Befreiung für Kleinbetriebe bei der Abfallbeauftragtenverordnung einföhren
- Online-Dokumentation für Kennzeichen abschaffen

■ Das komplette Positionspapier mit allen 25 Forderungen und Beispielen finden Sie unter: www.bwht.de/positionspapiere

Bürokratieabbau als Chefsache

Normenkontrollrat will Belastungen für Wirtschaft nachhaltig reduzieren

Zu viel Bürokratie – dieses Problem hat auch die baden-württembergische Landesregierung erkannt und im vergangenen Jahr ein Programm für Bürokratievermeidung, -abbau und bessere Rechtssetzung vorgestellt. Dieses ist beim Chef der Staatskanzlei angesiedelt, also direkt im Haus des Ministerpräsidenten – und damit Chefsache.

Eine Säule dieses Konzepts: die Einrichtung eines sogenannten Normenkontrollrats (NKR). Das unabhängige Gremium – in dieser Form auf Länderebene einmalig – wird geleitet von der ehemaligen Staatssekretärin, Landtagsabgeordneten und Präsidentin des Statistischen Landesamts, Dr. Gisela Meister-Scheufelen. Ende Oktober gab sie dem Beirat des Baden-Württembergischen Handwerkstags (BWHT) einen spannenden Einblick in die Arbeit des NKR.

Zu Beginn überraschte sie mit der Aussage, dass seit 2006 die Bürokratiekosten für die Wirtschaft bundesweit bereits um gut 25 Prozent gesenkt wurden – durch viele Maßnahmen wie die Digitalisierung im Steuerbereich und die Erhöhung verschiedener Schwellenwerte. Die Zweifel angesichts dieser positiven Zahlen waren den Mitgliedern des BWHT-Beirats anzusehen – ist doch von Entlastungen in den Handwerks-



Dr. Gisela Meister-Scheufelen.

Foto: Sandra Wolf Fotografie

betrieben kaum etwas zu spüren. Das räumte auch Meister-Scheufelen ein, die für diese Widersprüche aber eine klare Verantwortliche nannte: die Europäische Kommission. Diese erlasse immer neue Vorschriften, die dann in den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssten.

Hier trotzdem für Verbesserungen sorgen – mit diesem Auftrag habe sich der NKR Ende 2017 an die Arbeit gemacht. Sie verstehe sich hier eindeutig als Interessenvertreterin der

Normenanwender, also der von Vorschriften Betroffenen, machte Meister-Scheufelen deutlich. Nach einer groß angelegten Umfrage, an der auch der BWHT beteiligt war, habe das Expertengremium nun einen Empfehlungsbericht mit 51 konkreten Vorschlägen zum Bürokratieabbau erarbeitet. Neben einer massiven Förderung der Digitalisierung von Verwaltungen finden sich auch Forderungen des Handwerkstags wie eine verständlichere Formulierung von Formularen und Bescheiden wieder. Als weitere Konsequenz wolle der Rat einen Leitfaden für eine bessere Sprache von Gesetzen und Vorschriften entwickeln.

Einig waren sich Beirat und Expertin auch im Wunsch, die Landesregierung möge die Empfehlungen des NKR zum Bürokratieabbau zügig umsetzen.

Einen besonders interessanten Vorschlag stellte Meister-Scheufelen zum Abschluss vor: In Großbritannien würden Gesetze vor Verabschiedung bei den Menschen, die von ihnen betroffen wären, auf Auswirkungen und Verständlichkeit getestet. Dies könne sie sich sehr gut auch hier in Baden-Württemberg vorstellen. Eine Idee, die sicherlich die Anzahl komplizierter Regelungen deutlich verringern würde. **mb**

Datenschutz bleibt ein Aufreger

Info-Tagung: Kreishandwerkerschaften Gast des BWHT

Wird bei der lästigen Datenschutzgrundverordnung nachgebessert? Welche Möglichkeiten bietet „Handwerk 2025“ für die Kreishandwerkerschaften? Nur zwei von vielen aktuellen Themen, die bei der gemeinsamen Informationsveranstaltung des Baden-württembergischen Handwerkstags (BWHT) und der Kreishandwerkerschaften des Landes Mitte Oktober diskutiert wurden.

Schnell wurde klar: Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist nach wie vor ein echter Aufreger. BWHT-Juristin Sabine Drüppel erinnerte an die Pflichten der Organisationen, wie die Bestellung eines Datenschutzbeauftragten. Hier konnten die Teilnehmer Vollzug melden; meist habe man sich aus Kapazitätsgründen für eine externe Beauftragung entschieden. Ein weiteres Thema ist die Aufbewahrung von Prüfungsunterlagen. Die DSGVO schein-

hier wenig Spielraum zu lassen, so die Expertin. Allerdings sei die Verordnung hier so unpräzise, dass eine Konkretisierung dringend nötig sei. Drüppel berichtete, dass selbst der Landesdatenschutzbeauftragte viele offene Fragen noch nicht beantworten könne und versprach den Teilnehmern, weiter Druck für Verbesserungen zu machen.

So viele Nachteile die DSGVO mit sich bringt – so groß sind die Chancen, die das mit dem Landeswirtschaftsministerium verantworteten Projekt „Dialog und Perspektive Handwerk 2025“ bietet. BWHT-Abteilungsleiter Stefan Schütze stellte Maßnahmen vor, die von den Kreishandwerkerschaften direkt in Anspruch genommen werden können. So können etwa Veranstaltungen gefördert oder Erfahrungsaustauschgruppen („Erf-Gruppen“) mit Unterstützung gegründet werden. **mb**

MeisterPOWER am Puls der Zeit

Lern-Software der Kammern für Studie aufgegriffen

Unternehmerisches Denken und Handeln schon in der Schule zu fördern ist wichtig – sowohl für den Lebensweg der Schüler als auch aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat deshalb in einer Studie untersuchen lassen, wie weit der „Unternehmergeist“ in den Schulen bereits geweckt wurde. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) wurde hierfür als Projektträger der erfolgreichen Lernsoftware MeisterPOWER befragt.

Das Programm vermittelt Kompetenzen in Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung. Spielerisch erfahren Schüler Zusammenhänge in Betrieben und erhalten Einblicke in Handwerksberufe. Die kostenlose Software kann über die Handwerkskammern im Land bezogen werden und wird bereits in vielen Schulen

eingesetzt. Deshalb lieferte ihre Einbeziehung in die Studie hilfreiche Erkenntnisse zum aktuellen Stand der Verankerung von unternehmerischer Bildung in der Schule.

Für Christian Hirte, Mittelstandsbeauftragter der Bundesregierung, liefert die Studie Anstoß für mehr unternehmerische Bildung in Schulen: „Die Schüler von heute sind die Gründer von morgen. Wir müssen den Unternehmergeist in den Schulen weiter stärken und noch mehr Schulen zur Umsetzung von attraktiven Projekten motivieren. Wir können nicht früh genug damit anfangen, junge Menschen für wirtschaftliche Zusammenhänge zu sensibilisieren.“ Auch in der von Bundesminister Altmaier angekündigten Gründungsinitiative, die voraussichtlich Ende des Jahres vorgestellt wird, soll das Thema einen Schwerpunkt bilden. **mb**

Förderung auch fürs Handwerk

Landesregierung stockt Digitalisierungsprämie auf

Im geplanten Nachtragshaushalt 2018/19 der Landesregierung ist eine erhebliche Aufstockung der Digitalisierungsprämie vorgesehen. Im Jahr 2018 sollen die Fördermittel verdoppelt, 2019 sogar vervierfacht werden. Damit werden für beide Jahre 16 Millionen Euro zusätzliche Haushaltsmittel eingeplant.

Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) begrüßt die Erhöhung der Digitalisierungsprämie.

„Gut, dass das Wirtschaftsministerium in den Verhandlungen für den Nachtragshaushalt auch die Digitalisierungsprämie im Blick hatte. Wir freuen uns, dass unsere Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Mittel gehört wurde. Der Bedarf gerade bei Kleinst- und Kleinunternehmen für eine niederschwellige Bera-

tungs- und Investitionsförderung im Bereich Digitalisierung als Starthilfe ist definitiv vorhanden“, so Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold.

Aus Sicht des Handwerks sei aber wünschenswert, dass die Prämie im kommenden Jahr wieder in der unbürokratischen Form von 2017, also als direkter Zuschuss, angeboten werde. Die jetzige Ausgestaltung als Darlehen mit Tilgungszuschuss schrecke gerade kleine Handwerksbetriebe eher ab. „Einige empfinden den Antragsprozess mit dem Umweg über die Hausbank als zu bürokratisch und umständlich. Dabei ist die Digitalisierungsprämie eine wirklich gute Sache. Sie sollte nur so gestaltet sein, dass die Adressaten sie auch einfach nutzen können“, fordert Reichhold. **mb**

Landessieger im Leistungswettbewerb des Deutschen Handwerks „Profis leisten was“



Landessieger im Leistungswettbewerb des Deutschen Handwerks „Profis leisten was“ ausgezeichnet: In Konstanz wurden Ende Oktober die besten Nachwuchshandwerker aus 83 Gewerken geehrt. Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold gratulierte den Landesbesten im Namen des baden-württembergischen Handwerks und wünschte ihnen viel Erfolg für den anstehenden Bundeswettbewerb. **mb**

Foto: Andreas Sauer